

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld**  
**am 26.04.2018**

Tagungsort:                   Großer Saal im Neuen Rathaus  
Beginn:                       17:00 Uhr  
Sitzungsunterbrechung   18:10 Uhr bis 18:20 Uhr  
Ende:                         20:28 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen  
Frau Bürgermeisterin Schrader  
Herr Bürgermeister Rüther

SPD

Herr Fortmeier  
(Fraktionsvorsitz)  
Herr Bauer  
Frau Biermann  
Frau Brinkmann, D.  
Herr Brücher  
Herr Franz  
Herr Gödde  
Frau Gorsler  
Herr Lufen  
Herr Dr. Neu  
Herr Nockemann  
Herr Prof. Dr. Öztürk  
Herr Pieplau  
Herr Sternbacher  
Herr Wandersleb  
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Nettelstroth  
(Fraktionsvorsitz)  
Frau Brinkmann, P.  
Herr Copertino  
Frau Grünewald  
Herr Helling  
Herr Henrichsmeier  
Herr Hüsemann  
Frau Jansen  
Herr Jung  
Herr Kleinkes  
Herr Krumhöfner  
Herr Nolte  
Herr Rüsing

Frau Steinkröger  
Herr Strothmann  
Herr Thole  
Herr Prof. Dr. von der Heyden  
Herr Weber  
Herr Werner

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler  
(Fraktionsvorsitz)  
Herr Burnicki  
Herr Grün  
Frau Hellweg  
Frau Hennke  
Herr Hood  
Frau Keppler  
Herr Koyun  
Frau Osei  
Frau Pfaff  
Herr Rees

BfB

Frau Becker  
(Fraktionsvorsitz)  
Frau Dederling  
Frau Pape  
Herr Rüscher  
ab 17:25 Uhr

Die Linke

Frau Schmidt  
(Fraktionsvorsitz)  
Frau Bußmann  
Herr Dr. Schmitz  
Herr Schatschneider

**Zu Punkt 5**      **Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW - Stadt Bielefeld setzt sich für Atomwaffenverbot ein**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6465/2014-2020

Frau Pfaff (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) tritt dafür ein, dass es sich der Rat auf keinen Fall nehmen lassen sollte, bei grundsätzlichen Fragen Stellung zu beziehen, obwohl die Zuständigkeitsbefugnisse bekanntermaßen auf die Gemeinde begrenzt seien. Die vorliegende Bürgereingabe befasse sich mit einer Thematik, die nicht nur ideologische Hintergründe besitze, sondern alle Bürgerinnen und Bürger existenziell betreffen könnte. Allein die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe in ganz Europa hätten deutlich gemacht, dass es sich keineswegs nur um eine fiktive Bedrohung handeln würde. Wer den Nachteil der gesetzlichen Zuständigkeit des Rates mit dem Mangel an Einflussmöglichkeiten gleich setze, der solle sich ein Beispiel am Pariser Klimaschutzabkommen nehmen. Nachdem die Vereinigten Staaten ihren Ausstieg ankündigten, hätten sich zahlreiche amerikanische Städte, Staaten und Unternehmen dazu bereit erklärt, autonom dem Abkommen beizutreten und würden damit enormen Druck auf die Regierung ausüben. Es sei daher an der Zeit, dass Bielefeld als Mitglied im Bündnis „Mayors for Peace“ ein deutliches Zeichen setze und die Bundesregierung dazu auffordere, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Für Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) geben die Kriege dieser Welt genug Anlass zur Sorge, dass es irgendwann zu einer atomaren Auseinandersetzung kommen werde. Ein Verbot von Atomwaffen dränge sich mehr denn je auf. Man solle sich daran erinnern, dass auf dem Gebiet der Bundesrepublik immer noch Atomwaffen lagern würden und Deutschland sowie Bielefeld damit unmittelbar betroffen seien. Sie bitte daher nicht nur um Abstimmung im Sinne der Eingabe, sondern auch um fortwährenden Einsatz für die Sache.

Herr Heißenberg (Gruppe Bürgernähe/Piraten) berichtet, dass am 07.07.2017 bei den Vereinten Nationen der erste rechtsverbindliche Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet worden sei und damit fortan der Sonderstatuts der Atommächte von vielen Staaten nicht mehr akzeptiert werde. Laut Umfragewerten in Deutschland stimme man hierzulande nicht mit der Position der Bundesrepublik überein, dass eine Unterzeichnung nur Sinn ergebe, wenn auch die mit Nuklearwaffen ausgestatteten Länder den Vertrag ratifizieren würden. Auch wenn auf kommunaler Ebene die Mittel der Einflussnahme begrenzt seien, so könnte Bielefeld doch weiterhin eine Haltung zum Ausdruck bringen, die für gewaltfreie und zukunftsfähige Lösungen stehe.

Frau Biermann (SPD-Fraktion) verbindet mit der Abschaffung von Nuklearwaffen die Hoffnung, dem eigentlich beschwerlichen und beinahe aussichtslosen Ziel eines friedlichen Miteinanders aller Völker ein großes Stück näher zu kommen. Durch den Atombombentest in Nordkorea und dem daraus resultierenden globalen Echo sei die Thematik wieder verstärkt ins Bewusstsein der Menschen gelangt. Auch die Bielefelder Politik müsse die Ängste der Menschen ernst nehmen. Da es nun mal keine direkten Handlungsmöglichkeiten gebe, sollte man sich mit Nachdruck

den Forderungen der ICAN-Kampagne anschließen und die Bundesrepublik auffordern, den Verbotsvertrag zu ratifizieren.

Herr Schlifter (FDP-Gruppe) argumentiert, dass der Stadt Bielefeld auf Grund der rechtsstaatlichen Gliederung eindeutig die Zuständigkeit für die Befassung mit der vorliegenden Fragestellung fehle. Sofern andere Meinungen vertreten werden, seien diese auf den entsprechenden Parteitagen zur Außen- und Sicherheitspolitik einzubringen. Überhaupt stelle er sich die Frage, warum man sich trotz eindeutiger Rechtslage heute mit der Thematik befasse. Die FDP werde der Bürgereingabe aus diesen Gründen nicht folgen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) erläutert, dass seine Fraktion hier keine Zuständigkeit der Kommune erkennen könne. Die Zuständigkeit sei nicht nur formal zu begründen, sondern stehe auch mit der Frage in Verbindung, ob die Stadt Bielefeld eine Organisation habe, die eine solche Angelegenheit auch wissenschaftlich aufbereiten und darstellen könnte. Weder die Verwaltung noch irgendein Gremium sehe sich in der Lage, eine fachliche Stellungnahme abzugeben und eine Beschlussfassung entsprechend vorzubereiten. Einzig der Bund weise die Kompetenzen und Qualitäten auf, um fundiert diskutieren zu können.

Frau Biermann (SPD-Fraktion) bezieht sich auf die Aussagen ihrer beiden Vorredner zur mangelnden Zuständigkeit und erinnert daran, dass man heute bereits gemeinschaftlich Beschlüsse im Bereich der kassenärztlichen Versorgung gefasst habe; im Bewusstsein, dass keine direkte Einflussnahme der Kommune möglich sei. Gleichwohl habe am Ende Einvernehmen bestanden, dass der Rat durch gewisse Aktionen Anreize schaffen sollte. Sie stelle es in Frage, warum man bei der vorliegenden Bürgereingabe nunmehr keinen Beitrag zur Demokratie leisten sollte.

Herr Rüscher (BfB-Fraktion) erkennt den Zuständigkeitsmangel, will ihn aber nicht in den Vordergrund stellen, da schon mehrmals Themen unter ähnlichen formellen Bedenken im Rat behandelt worden seien. Er begründe die Zustimmung vielmehr mit der Mitgliedschaft im Bündnis „Mayors für Peace“ und der Pflicht des Rates, den Oberbürgermeister hierbei zu unterstützen. Inhaltlich sei es in der Sache mehr als fraglich, ob die Nuklearmächte überhaupt irgendwann einen solchen Vertrag unterzeichnen würden. Da seine Fraktion hierbei keine einheitliche Meinung vertreten würde, stimme jedes Mitglied nach persönlichem Empfinden ab.

Herr Schlifter (FDP-Gruppe) antwortet Frau Biermann (SPD-Fraktion), dass der unter Tagesordnungspunkt 4.2 behandelte Antrag der CDU nur Maßnahmen in den Fokus genommen hätte, die zusätzlich zur Arbeit der kassenärztlichen Versorgung realisiert werden sollten. Eine Erklärung zum Atomwaffenverbotsvertrag sei aber unmissverständlich als allgemeinpolitische Frage auszulegen und unter rechtlicher Betrachtung nicht anders zu bewerten.

Es ergeht folgender

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt als Mitglied des Bündnisses „Mayors for peace“ die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, dass er die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen teilt und das Ziel von ICAN zum Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt. Dazu beschließt er eine Resolution, dass die deutsche Bundesregierung den Atomwaffenverbotsantrag unterzeichnen möge.
3. Der Rat der Stadt Bielefeld bittet zudem unseren Oberbürgermeister Pit Clausen, sich in seiner Funktion als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for peace“ auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen.

- bei 23 Nein-Stimmen mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

---

Zu Punkt 6

**Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Sitzungsräumen der Stadt Bielefeld an Dritte**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 5952/2014-2020

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) gibt zur Kenntnis, dass seine Fraktion die unter den Tagesordnungspunkten 6, 9 und 11 zu beratenden Neufassungen bzw. Änderungen von Benutzungs- und Entgeltordnungen der Stadt Bielefeld auf Grund der beabsichtigten Erhöhungen ablehnen werde. Die Gebühren für Räumlichkeiten in der Verwaltung und bei der Volkshochschule seien bereits jetzt zu hoch, so dass man auch moderate Anhebungen nicht mittragen könne. Die Planungen Dritter zur Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung in den besagten Räumen dürfe niemals an zu hohen Nutzungsgebühren scheitern.

**Beschluss:**

Die neugefasste Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Sitzungsräumen der Stadt Bielefeld an Dritte wird entsprechend der Anlage zur Vorlage beschlossen.